



---

**Vorlage an den Grossen Gemeinderat** vom 9. Dezember 2003 Nr. 4048

---

Interpellation

**Interpellation Roland Breitenmoser: Präventive Massnahme zur Vermeidung von Konflikten bei der Hundehaltung; schriftlich**

Roland Breitenmoser und 30 Mitunterzeichnende reichten am 16. September 2003 eine Interpellation betreffend "präventive Massnahmen zur Vermeidung von Konflikten bei der Hundehaltung" ein.

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

Seit dem 9. Januar 2003 ist das Nachtragsgesetz zum Hundegesetz vom 5. Dezember 1985 in Kraft. Ins Nachtragsgesetz wurde u.a. neu aufgenommen, dass die politische Gemeinde den Halter, welcher mit seinem Hund einen Hundeerziehungskurs einer anerkannten Organisation besucht hat, im laufenden oder folgendem Jahr von der Entrichtung der Taxe befreien kann (Art. 11 Abs. 2 Hundegesetz).

Zu den einzelnen Fragen:

1. Um der Idee des revidierten Gesetzes zu entsprechen, sollten nur Erziehungskurse anerkannt werden, welche bei staatlich geprüften Organisationen absolviert wurden. Das Kant. Veterinäramt wurde deshalb von der Regierung beauftragt, eine Liste der anerkannten Organisationen zu erstellen. Aufgrund dieses Verzeichnisses, das derzeit noch nicht vorliegt, wäre eine Regelung denkbar, wonach Hundehalterinnen und -halter, die einen entsprechenden Hundeerziehungskurs besucht haben, die Taxe einmalig reduziert bzw. erlassen werden kann. Dies bedingt eine entsprechende Änderung des vom Grossen Gemeinderat erlassenen Reglements über die Hundetaxe vom 17. November 2002. Der Stadtrat wird dazu keine Initiative ergreifen.
2. Die Einnahmen aus den Hundetaxen betrugen im Jahr 2002 CHF 205'000. Demgegenüber stehen Personalaufwendungen bei der Stadtpolizei für die Administration und beim Tiefbauamt für die Besorgung der Hundekotsammelstellen im Betrag von rund



CHF 150'000 sowie Sachaufwendungen von rund CHF 50'000.

3. Eine generelle Verpflichtung zum Besuch eines Hundeeziehungskurses für Junghundehalter ist kaum oder dann nur mit grossem administrativem Aufwand durchsetzbar. Bei Familien müsste im Einzelfall geklärt werden, welches Familienmitglied den Kurs zu besuchen hätte. Der Stadtrat beabsichtigt deshalb, von einem solchen Obligatorium abzu-  
sehen.
4. In den letzten zwei Jahren wurden in der Stadt St.Gallen keine Personen zu einem Erziehungskurs angehalten.

Beilage:

Interpellation Roland Breitenmoser vom 16.09.2003

Protokollauszug:

Finanzverwaltung (3)

Polizeiverwaltung (3)

